

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Abend), 12. März 2019 / Mardi soir, 12 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

63 2018.RRGR.629 Motion 220-2018 Bauer (Wabern, SP)
Keine Verletzung der Grundrechte – Verfassungswidrige Verknüpfung der Asylsozialhilfe mit der Aufenthaltsdauer in Unterkünften

63 2018.RRGR.629 Motion 220-2018 Bauer (Wabern, PS)
Respect des droits fondamentaux – conditionner le versement de l'aide sociale en matière d'asile à la durée de séjour dans le centre est anticonstitutionnel

Präsident. Somit kommen wir zum Traktandum 63. Ich gebe Grossrätin Bauer das Wort für eine Erklärung zu ihrer Motion.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Bei der vorliegenden Motion wäre es darum gegangen, die Asylsozialhilfe und die Nothilfe nicht an die Übernachtungspflicht in den Zentren zu knüpfen. Das ist im Kanton Bern seit Neuestem der Fall. Ich ziehe die Motion zurück, weil sie hier drin offensichtlich keine Mehrheit fände.

Bei der neuen Weisung handelt es sich klar um eine Verschärfung, weil damit für die Asylsozialhilfe und die Nothilfe eine zusätzliche Hürde besteht. In der Antwort der Regierung steht leider nicht, welche Auswirkungen dies auf die Grundrechte der Betroffenen hat, dafür aber, was der Regierungsrat damit bezweckt. Er möchte die korrekte Verwendung der Subventionen kontrollieren, die Präsenzkontrolle und die Anmeldepflicht überall gleich handhaben und genügend Kapazitäten in den Kollektivunterkünften bereitstellen. Dies alles sind wichtige Ziele, die wir nicht bestreiten, aber wir haben gewisse Zweifel, ob die Anwesenheitspflicht, beziehungsweise die Übernachtungspflicht, das bestmögliche Mittel dafür ist. Wir fragen uns insbesondere, ob es verhältnismässig ist.

Wie Sie wissen, werden wir bald über die Neustrukturierung im Asylbereich sprechen. Dabei geht es eigentlich darum, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, schneller integrieren können. Wir haben hier gewisse Zweifel, ob die neue Übernachtungspflicht diesen Zielen nicht zuwiderläuft. Wir werden auch in Zukunft genau hinschauen, was bei dieser Umsetzung nun passiert und ob es grundrechtliche Schwierigkeiten oder auch sonst Schwierigkeiten gibt, und werden uns vorbehalten, wieder aktiv zu werden, wenn dies der Fall wäre. Uns ist es auch insbesondere wichtig, dass eine gewisse Transparenz herrscht und solche Sachen offen von der Regierung kommuniziert werden, wenn Weisungen oder andere Verschärfungen eingeführt werden.